



öffentlich

Betreff:

Mitwirkung im Digitalisierungsrat der Landeshauptstadt Potsdam

Einreicher: Fraktion CDU

Erstellungsdatum: 15.02.2022

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

02.03.2022 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Fraktionen der StVV die Entsendung je eines Mitgliedes mit Anwesenheits- und Rederecht jedoch ohne Stimmrecht in den Digitalisierungsrat der LHP zu ermöglichen.

gez.
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

In der 26. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam, am 26.01.2022 wurde der Beschluss zur Konstituierung des Digitalisierungsrates der Landeshauptstadt Potsdam gefasst. Mitglieder des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung bekundete in der Sitzung am 08. Februar 2022 den gemeinsamen Wunsch, dass jede Fraktion der StVV einen Vertreter oder eine Vertreterin in den Digitalisierungsrat entsenden können. Die vom Oberbürgermeister gewünschte Unabhängigkeit bei der Erarbeitung von Empfehlungen des Digitalrates bleibt dadurch gewahrt, dass die Mitglieder kein Stimmrecht erhalten. Dieses Vorgehen wird bereits erfolgreich im Wirtschaftsrat der Landeshauptstadt Potsdam vorgelebt.